

# caritas in NRW

Zeitschrift der Diözesan-Caritasverbände Aachen, Essen, Köln, Münster und Paderborn

Zuschauen hilft nicht –

## Verantwortung ist weltweit

**CARITAS HEUTE:**  
**Wenn das Sozialamt nicht zahlt**  
Träger der Alten- und Jugendhilfe sehen sich  
um Entgelt geprellt

ISSN 1617-2434  
G 5546

**BISTUMSSPIEGEL**  
Caritas in Ihrer Region – Menschen in der Caritas







## Liebe Leserin, lieber Leser,

die Hilfsbereitschaft der Deutschen nach der großen Flut im Sommer war überwältigend und ermutigend. Offensichtlich sind die Menschen in diesem Land durchaus bereit, auf etwas zu verzichten, wenn es darum geht im Angesicht echter Not zu helfen. Die Menschen sind bereit, die Ärmel aufzukrempeln, anzupacken oder den Kuli zu zücken und den Überweisungsträger auszufüllen, wenn sie das Gefühl haben, ihre Hilfe ist wichtig, kommt an und lindert Not.

Not sehen und Handeln.

„Ein Leben in Würde für alle ist nur möglich, wenn Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden weltweit gesichert sind und die Schöpfung geachtet und bewahrt wird“, heißt es in unserem Leitbild. Caritas ist nicht auf Deutschland beschränkt, Caritas ist international, arbeitet weltweit.

So nah, und doch so fern. Die modernen Medien haben die Welt zu einem „globalen Dorf“ gemacht. Immer wieder vermitteln uns Funk und Fernsehen echte Not auf fremden Kontinenten. Damit aber ist unsere Verantwortung gewachsen. Alles, was wir hier tun oder unterlassen, hat Konsequenzen. Weltweite Konsequenzen. Die Bewahrung der Schöpfung, die Würde des Menschen lassen sich nicht reduzieren auf unser kleines Europa oder unsere westlichen Gesellschaften.

Und bei allen Problemen: Deutschland ist immer noch ein reiches Land mit viel Verschwendung. Ein bisschen hinsehen, ein bisschen nachdenken, ein bisschen abgeben, ein bisschen mehr – es ist an der Zeit. Oder, wie es das Jahresthema 2003 des Deutschen Caritasverbandes formuliert:

„Zuschauen hilft nicht – Verantwortung ist weltweit“.

Ihr



Markus Lahrman  
Chefredakteur

## Inhaltsverzeichnis



**Eine Frage der Gerechtigkeit** 4  
Globale Solidarität ist nicht nur ethische Verpflichtung

**Kultur-Schock hat Nachteile** 10  
Ukraine setzt auf Erholung von

**Langer Atem lohnt sich** 12  
Auslandshilfe der Ruhrcaritas hat in Skopje wichtigen Beitrag geleistet

**Ohne Partner keine Hilfe** 16  
Caritas-Katastrophenhilfe im südlichen Afrika



**Alles bleibt anders!** 18  
Zukunft der Caritasarbeit im vereinten Europa

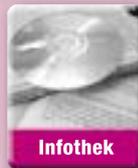


**Wenn das Sozialamt nicht zahlt** 22  
Träger der Alten- und Jugendhilfe sehen sich um Entgelt geprellt

**„Pflegeversicherung reformieren!“** 24  
Viel Unterstützung für die „Kampagne zur Pflege“ der Wohlfahrtsverbände



<b>Aachen</b>	<b>26</b>	<b>Münster</b>	<b>39</b>
<b>Essen</b>	<b>30</b>	<b>Paderborn</b>	<b>44</b>
<b>Köln</b>	<b>34</b>		



**Neue Bücher** 50  
**Impressum** 50

Titelbild:  
Straßenkinder  
in Temeswar.  
Foto:  
Rudi Löffelsend



# Eine Frage der Gerechtigkeit

Globale Solidarität ist nicht nur ethische Verpflichtung – sie ist ein Gebot der Vernunft

Von Joachim Wiemeyer

**„Zuschauen hilft nicht – Verantwortung ist weltweit“ lautet das Jahresthema 2003 des Deutschen Caritasverbandes. Wegsehen funktioniert nicht in einer Welt der Medien. Und als Christen müssen wir einsehen, dass sich Verantwortung nicht einschränken lässt. Anders gesagt: Solidarität ist unteilbar.**



*Der Boulevard in Mostar. Hier verlief bis 1995 die Front zwischen Kroaten und muslimischen Bosniaken, unser Foto entstand Anfang 1996. Die Caritas hat seitdem in Mostar zahlreiche Projekte zum Wiederaufbau unterstützt, u. a. eine Molkerei, Behinderteneinrichtungen und einen multi-kulturellen Kindergarten.  
Foto: Christoph Grätz*

Die ökonomischen Verflechtungen im Handel kann jeder Konsument im Supermarkt beim Einkauf entdecken, wenn er auf Herkunftsangaben achtet. Das Entstehen immer größerer transnationaler Unternehmen, die gleichzeitig in immer mehr Ländern der Erde tätig sind, verfolgen wir in den Zeitungen. Die international verflochtenen Finanzmärkte, an denen Devisen und Börsenwerte rund um den Globus rund um die Uhr gehandelt werden, ziehen in Form von Zahlenkolonnen auf Laufbändern durch Fernsehprogramme. Die ökonomische Seite der Globalisierung ist im Alltag mehr denn je präsent.

Sie betrifft angesichts besserer Informations- und Verkehrsverbindungen aber auch die zunehmende Wanderung von Menschen über Grenzen hinweg, sei

es freiwillig zur eigenen Bereicherung als Tourist, Student, Wissenschaftler, Manager, sei es aber auch eher unfreiwillig und gezwungen als Flüchtling vor Elend, Unterdrückung, Krieg und Umweltzerstörung. Ebenso machen die Auswirkungen der Umweltprobleme (Abholzung der Regenwälder vorwiegend in Entwicklungsländern, CO<sub>2</sub>-Ausstoß vor allem in Industrieländern) nicht vor Landesgrenzen Halt. Von den Entwicklungen in verschiedenen Teilen der Erde erfahren die Menschen gegenseitig über alte (Zeitung, Radio, Fernsehen) oder neue Medien (Internet). Alle spektakulären Ereignisse in einem Teil der Erde werden weltweit verbreitet; selbst in Dörfern ohne Telefon- und Stromanschluss ist vielfach ein Kurbel- oder Batterieradio vorhanden.

Von ökonomischen Verflechtungen und der Beteiligung am Weltmarkt kann sich ein Land nur um den Preis von Armut und Elend seiner Bevölkerung abschotten. Das zeigt das Beispiel Nordkorea, wo trotz externer Hilfe Tausende von Menschen verhungert sind. Aber auch die Integration in die Weltwirtschaft ist für viele ärmere Länder nicht ohne Risiken. Vielfach sind sie so hoch verschuldet, dass diese Schuldenlast eine schwere Hypothek für eine stärkere Integration in den Weltmarkt darstellt. In vielen Exportbereichen stoßen sie auf die Konkurrenz von finanzstarken Anbietern aus Industrienationen, auch dort, wo ihre Länder besondere Vorteile haben. Ebenso gilt dies für hohe Hürden im Handel (z. B. in den Bereichen Landwirtschaft, Textil und Bekleidung). Während die weltweite Entwicklungshilfe sich nur auf jährlich 50 Mrd. Dollar beläuft, werden die Handelsverluste durch Schutzmaßnahmen der Industrieländer auf mehr als das Doppelte geschätzt. Allein die Landwirtschaft in den Industrieländern wird mit mehr als 300 Mrd. Dollar jährlich subventioniert. Gegen eine solche geballte Macht der Steuerzahler der Industrieländer können Kleinbauern aus der Dritten Welt kaum konkurrieren.

## **Christliche Sozialethik fordert weltweite Solidarität**

Dieses Beispiel zeigt, dass heute eigentlich alle Politikbereiche in Deutschland und Europa unter globaler Perspektive betrachtet werden müssten. Eine globale Ordnungspolitik ist notwendig, um die vielfältigen

„ Es ist Aufgabe der Christen, nicht nur in konkreten Notlagen akut zu helfen, sondern sich auch gesellschaftlich und politisch zu engagieren. “

Bereiche von Umwelt und Entwicklung, Handel und Finanzen, Frieden und Menschenrechten zu gestalten, um das weltweite Gemeinwohl zu fördern. Ohne ethisches Fundament ist diese Aufgabe nicht zu erfüllen. Die christliche Sozialethik knüpft bei ihren Wertvorstellungen an das Bild der biblischen Botschaft an, nach dem alle Menschen von einem Elternpaar abstammen und damit eine die ganze Menschheit umfassende Familie bilden. Dies bedingt eine weltweite Solidarität. Allen Menschen kommen daher die gleiche Würde und die darauf aufbauenden Menschenrechte zu, und zwar individuelle Freiheitsrechte, demokratische Rechte und soziale Anspruchsrechte. Globale Ordnungspolitik müsste also die Realisierung von Menschenrechten in allen diesen drei Dimensionen fördern. Aus christlicher Sicht muss der besondere Einsatz denen gelten, bei denen die elementarsten Rechte, vor allem das Recht auf Leben, nicht gewährleistet sind.

### Katastrophenhilfe und Strukturhilfe

Globale Solidarität bedeutet dabei immer zweierlei: Hier und jetzt ist der sofortige Einsatz für Menschen in konkreten Notlagen (z. B. Naturkatastrophen) notwendig. Zum Zweiten sind aber die nationalen und internationalen Ordnungsstrukturen in den Blick zu nehmen. Diese haben die Aufgabe, strukturelle Ursachen von Not und Elend dauerhaft zu überwinden und das Auftreten neuer Probleme präventiv zu verhindern. Dabei haben die Entwicklungsländer nach dem Subsidiaritätsprinzip selbst prioritäre Verantwortung. Sie dürfen nicht allein auf fremde Hilfe vertrauen, sondern müssen alle möglichen und zumutbaren Eigenanstrengungen unternehmen. Zu stärken sind aber auch effiziente und gerechte globale Ordnungsstrukturen durch Reformen gegenwärtiger Institutionen (Welthandelsorganisation, Internationaler Währungsfonds) und durch die Schaffung neuer weltweiter Regeln, z. B. im globalen Umweltbereich.

Eine solche gerechtere globale Ordnung kann nur durch eine wirksame Beteiligung der Entwicklungsländer in den Entscheidungsprozessen zur Gestaltung dieser Ordnung zustande kommen. Die *Beteiligungsgerechtigkeit* ist also die Ausgangsnorm für ein gerechtes Zusammenleben im globalen Kontext. Fünf weitere zentrale Gerechtigkeitsprinzipien als Präzisierung von „sozialer Gerechtigkeit“ müssen bei der näheren Ausgestaltung hinzukommen: Die *Zukunftsgerechtigkeit* fordert, nachfolgenden Generationen solche natürlichen Lebensbedingungen zu hinterlassen, die auch

ihnen ein menschenwürdiges Leben ermöglichen. Die *Leistungsgerechtigkeit* besagt, dass Entwicklungsländer faire Marktbedingungen vorfinden, um sich an der Weltwirtschaft zu beteiligen. Aus der *Chancengerechtigkeit* ergibt sich, dass auch durch externe Hilfe gerade die ärmsten Länder erst befähigt werden, sich an der Weltwirtschaft produktiv beteiligen zu können. Die *Bedarfsgerechtigkeit* erfordert, dass in akuten Krisensituationen die Entwicklungsländer ausreichend humanitäre Hilfe erhalten. Die *Finanzierungsgerechtigkeit* verlangt, dass alle wohlhabenden Länder sich nach ihrer Leistungsfähigkeit an der Entwicklungszusammenarbeit beteiligen.

Für die Gestaltung solcher globalen Ordnungsstrukturen hätte die EU eine besondere Verantwortung, indem sie Vorschläge entwickelt, wie die Grundprinzipien des auch von der christlichen Tradition geprägten europäischen Gesellschaftsmodells einer sozial verpflichteten Marktwirtschaft unter den Bedingungen von Rechtsstaat und Demokratie, die den oben genannten Gerechtigkeitsprinzipien entsprechen, auch auf die globale Ordnung zu übertragen wären. Bisher sind solche Ordnungskonzepte nicht entwickelt und EU-Initiativen auf globaler Ebene im Dialog mit Entwicklungsländern nicht vorgetragen worden. Vielmehr neigt die EU-Politik dazu, die Vorteile ihres Zusammenschlusses auf die eigenen Mitglieder zu begrenzen.

Haben solche Ansätze – trotz des Gewichts privater Wirtschaftsakteure – gegenüber transnationalen Konzernen und Finanzmarktakteuren (Banken, Versicherungen), die ihre eigenen ökonomischen Vorteile verfolgen, eine Chance? Schon das wohlverstandene langfristige Eigeninteresse müsste Wirtschaftsakteure und Politiker veranlassen, sich für eine bewusste Gestaltung der Globalisierung einzusetzen. Denn eine ungesteuerte Globalisierung schlägt in vielen Bereichen auf die Industrieländer zurück. Selbst wenn die Flut in den neuen Bundesländern im August 2002 noch kein Vorbote der weltweiten Klimaveränderung gewesen sein sollte, gilt dies aber etwa für globale Umweltprobleme. Weitere Bedrohungspotenziale sind: militärische Konflikte, die immer wieder auch Auslandseinsätze der Bundeswehr bedingen und erhebliche Kosten verursachen; Migrati-

*Dr. Joachim Wiemeyer ist Professor für Christliche Gesellschaftslehre an der Ruhr-Universität Bochum und Vorsitzender der Sachverständigengruppe „Weltwirtschaft und Sozialethik“ im Rahmen der Kommission X (Weltkirche) der Deutschen Bischofskonferenz.*

*Foto: Privat*





## Schwerpunkt

## Caritas weltweit

- onsströme nach Europa auch von vielen Illegalen, die mit Schlepperbanden eingeschleust werden; andere Formen organisierter Kriminalität wie der Drogenhandel; das Einschleppen ansteckender Krankheiten. Auch für private Konzerne stellen Länder, in denen Kriege, Bürgerkriege und soziale Konflikte drohen, keine stabile Investitionsbedingungen mit guten Wachstumschancen dar. Von Konflikten und Terroranschlägen in einem Teil der Erde sind fast immer auch deutsche Personen bzw. die wirtschaftlichen Interessen von deutschen Unternehmen betroffen. Unternehmen müssen daher verstärkt auch gesellschaftspolitische Verantwortung wahrnehmen. Wenn sie es nicht tun, dürfen sie sich nicht wundern, wenn sie selbst Gegenstand öffentlicher Konflikte, z. B. Zielscheibe von Nichtregierungsorganisationen werden.

Rechtzeitiges präventives Handeln ist nicht nur humaner, sondern würde häufiger billiger kommen und bessere ökonomische Chancen bieten. Wirtschaftliche Effizienz und soziale Gerechtigkeit stellen keinen Gegensatz dar. Wenn die Regierung eines Entwicklungslandes sich um die gesellschaftliche Integration der gesamten Bevölkerung bemüht, kann sie zugleich ökonomisch erfolgreich sein. Denn gut ausgebildete, gut ernährte, gesunde Arbeitskräfte sind auch leistungsfähiger, sodass es keinen Widerspruch zwischen wirtschaftlichem Fortschritt und sozialer Gerechtigkeit gibt.

Es ist Aufgabe der Christen, nicht nur in konkreten Notlagen akut zu helfen, sondern sich auch gesellschaftlich und politisch zu engagieren, um das öffentliche Bewusstsein für globale Zusammenhänge und ihre humane Gestaltung zu wecken. ◀

Karikatur:  
Thomas Pläßmann





**Zenebu, 7**  
Jahre auf der Flucht

Zuschauen hilft nicht – Verantwortung ist weltweit.



Not sehen und hand  
Caritas

# Auf der Flucht

## Schicksal von Millionen Menschen

**Als die Schüsse lauter wurden, drängelten die Eltern ihr Kind aus der Türe und schrien: „Lauf!“ Als von ferne das Donnern der Granaten grollte, kauerte das Mädchen eingepfercht zwischen einem Haufen Leiber auf einem Pferdefuhrwerk und suchte die Hand seiner Mutter. Als sie endlich irgendwo ankam, war sie nicht willkommen, und wo sie blieb, gehörte sie nicht hin. Sie lebte unter Zeltplanen, in Hütten aus Karton, in Lagern im Niemandsland. Die Menschen, denen sie begegnete, nannten sie eine Belastung, eine Bedrohung, ein Problem – und dabei war sie nur: ein Flüchtlingskind.**

Seit sich Menschen bekriegen, laufen sie voreinander davon, doch nie waren mehr Menschen auf der Flucht als heute. Auf 20 Millionen schätzt das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen die Zahl der durch Krieg und Menschenrechtsverletzungen Vertriebenen, weitere 20 bis 25 Millionen Menschen sind innerhalb

der Grenzen ihres Heimatlandes auf der Suche nach einem sicheren Ort. Etwa die Hälfte der Flüchtlinge sind Kinder. Ihre Begleiter heißen materielle Not, Rechtlosigkeit und Diskriminierung. Die Bündel, die sie tragen, sind gefüllt mit Angst, Verzweiflung und traumatischen Erinnerungen.

Flüchtlingshilfe beginnt mit dem, was zum Überleben unerlässlich ist – mit Nahrung und Wasser, mit Zelten und Kleidung. Wie weit Flüchtlingshilfe gehen muss, zeigt das Beispiel Sudan: In dem ostafrikanischen Land hat ein bald 20 Jahre andauernder Bürgerkrieg mehr als vier Millionen Menschen zu Vertriebenen gemacht. Caritas international leistet in den Flüchtlingscamps Soforthilfe und – unterstützt die Menschen auf dem Weg zurück in ein normales Leben. Mehr als 55 000 Flüchtlingskinder werden inzwischen in eigenen Schulen unterrichtet, ihre Eltern besuchen Alphabetisierungskurse. Bauern erlernen nachhaltige Anbaumethoden, freiwillige Helfer erhalten Trainings in Katastrophenvorsorge. Ziel ist es, die Lebensbedingungen für alle dauerhaft zu verbessern – um den gequälten Menschen so die Chance zu eröffnen, aus dem ewigen Kreislauf von Not, Krieg und Vertreibung auszubrechen. Flüchtlingshilfe muss mehr sein als Überlebenshilfe. ◀

Großplakat „Auf der Flucht“ zum Jahresthema 2003 des Deutschen Caritasverbandes.



# „Beginnen wir zu Handeln!“

## Ein Plädoyer für eine engagierte, bürgerschaftliche Diskussion über den Weg unserer Gesellschaft in einer globalisierten Welt

Von Klaus Töpfer

**Dezember 2002 in Nairobi – die Städte in Europa wurden für die Vorweihnachtszeit herausgeputzt, vor allem auch für die Konsumenten, die ihre Weihnachtseinkäufe besorgen sollten. In Nairobi dagegen: die blanke Armut.**

Weihnachten ist schließlich ein besonderer Höhepunkt für die Kaufreude, ist besonders wichtig für die wirtschaftliche Stabilität, für den Einzelhandel ebenso wie für viele Unternehmen, die die entsprechenden Waren herstellen. Vieles wurde sicher wieder gekauft, das bereits am Tage nach dem Fest bestenfalls umgetauscht wurde, im schlechteren Falle schlicht unbenutzt vergessen wird. Wieder haben die christlichen Kirchen die Botschaft von der Ankunft des Herrn gepredigt, waren bemüht, im Advent Besinnung und Nachdenklichkeit zu vermitteln und intensiv darauf aufmerksam zu machen, dass der Wohlstand des Menschen auch und gerade entscheidend abhängig ist von seiner sozialen Einstellung in der Gesellschaft zu seinen Mitmenschen, zu seinem Nächsten, und eben nicht nur von dem was er hat, was er kaufen kann, was er schenken kann oder was er geschenkt bekommt.

Routine also, jährliches Wiederkehren eingeübter Verhaltensweisen – auch in diesem Jahr wieder – alle Jahre wieder? Oder können wir uns endlich auch einmal aufraffen, etwas tiefer zu blicken, uns bewusst zu werden, dass sicherlich alle Menschen auf dieser einen Erde, diesem wundervollen blauen Planeten leben, aber dass dieser Planet scharf geteilt ist – geteilt zwischen der überwältigenden Mehrheit unendlich armer Menschen, Menschen die in unserer Nachbarschaft leben, aber auch vor allem Menschen die – nicht täglich für uns sichtbar – in den Slums und Elendsquartieren der Entwicklungsländer nicht wissen, wie sie am nächsten Tag ihr täglich Brot erhalten können, die nicht wissen, in welche Zukunft ihre Kinder hineinwachsen.

Eine Erde – zwei Planeten? Sicherlich: immer wieder bringt uns das Fernsehen dieses Elend breiter Bevölkerungsschichten in unsere warmen Wohnzimmer. Wir wissen von dem Hunger der über 800 Millionen Menschen auf unserem Planeten, wir haben etwas davon

gehört, dass mehr als 1,5 Milliarden mit weniger als einem Dollar, also weniger als einem Euro pro Tag leben müssen. Manchmal wird uns bewusst gemacht, dass täglich etwa 6 000 Menschen, vornehmlich Kinder, allein deswegen sterben, weil sie keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser haben. Die Beispiele könnten fortgesetzt werden. Ihnen allen ist häufig gemeinsam, dass wir wirklich auf die Rolle des Zuschauers begrenzt sind und bleiben, dass wir uns nicht fragen, warum nicht mehr gehandelt werden kann – natürlich von Regierungen in ihrem Kampf gegen Misswirtschaft und Korruption, natürlich von der Wirtschaft, die mehr in diese Länder hinein arbeitsplatzschaffende Investitionen bringen müsste, natürlich durch den Abbau von Subventionen etwa in der Landwirtschaft oder in der Fischerei, die den Bauern in den Entwicklungsländern massiv schaden. Aber auch diese Erwartung an das Handeln anderer ist nur eine besondere Art des Zuschauens. Ein Weg, sich der bedrängenden Frage an sich selbst zu entziehen, warum man nicht in seinem alltäglichen Leben die gegebenen Chancen zum Handeln nutzt.

### Wir müssen mehr tun

Dabei weiß ich natürlich, wie viel von Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland ganz unmittelbar Hilfe geleistet wird. Die sozialen Werke der Kirchen sind ein deutlicher Beweis für diese adventliche Besinnung vieler Menschen. Viele fühlen sich ganz persönlich gefordert, und dafür ist ihnen von Herzen zu danken. Aber ich bin sehr davon überzeugt, dass wir mehr tun können, dass wir mehr tun müssen. Wir brauchen eine intensive Erörterung dieser Frage in unserer Gesellschaft, in unseren Familien, in Vereinen, in der Nachbarschaft. Es muss klar sein, dass dies eben nicht Almosen sind, sondern ganz wichtige Investitionen in unsere eigene Zukunft, in den vorsorgenden Abbau von Konflikten, die Entschärfung von Kriegsgründen: präventive Friedenspolitik eben. Wenn die Kluft zwischen Arm und Reich wie in der Vergangenheit weiter anwächst, wenn die Belastung, ja zum Teil Zerstörung unserer Umwelt als Preis für unseren Reichtum und Wohlstand weiter zunimmt, dann gefährden wir auch den Frieden bei uns und für uns. Vorsorgende Friedenspolitik ist verbunden mit Umweltzusammenarbeit und sozialer Verpflichtung, mit Solidarität. Wo gravierende Verwerfungen bestehen,

„ Wir müssen uns bewusst werden, dass die großartige Vielfalt in der Schöpfung Gottes mehr und mehr ausschließlich in den Entwicklungsländern bewahrt wird. “



*Prof. Dr. Klaus Töpfer (64) lebt, wenn er denn mal privat in Deutschland ist, im ostwestfälischen Höxter.*

*Er ist seit 1998 Exekutiv-Direktor des UN-Umweltprogramms (UNEP) mit Sitz in Nairobi und General-Direktor des UN-Büros in Nairobi (UNON). Meist reist Töpfer durch die Welt wie sonst kaum ein Mensch, denn er ist in seiner Arbeit für das UNO-Umweltprogramm maßgeblich von den freiwilligen Zuschüssen der 58 Mitgliedsländer und 77 Beitragszahler abhängig.*

*Töpfer hat die UNEP modernisiert und den Sinkflug der Zuschüsse aufgehalten. Die UNEP-Berichte über den Zustand der Umwelt gelten als einzigartiges Expertenkompendium. Und es ist eine globale Zusammenarbeit: Tausende von Wissenschaftlern liefern UNEP Daten und Analysen zu.*

*Foto: Rainer Unkel/photoweb*

*Weitere Informationen: [www.unep.org](http://www.unep.org)*

so beweist uns die Geologie, wird es oft zu abrupten Entladungen, wird es zu Erdbeben kommen mit unkontrollierbaren Konsequenzen für Mensch und Natur. Und so werden auch Verwerfungen im sozialen Gefüge der Gesellschaft in einer globalisierten Welt sich entladen, wenn wir nicht frühzeitig diese Spannungen vermindern.

### **Der Klimawechsel trifft die Ärmsten**

Handeln also ist gefragt, nicht Deklamieren, nicht Theoretisieren. Die neue Welthandelsrunde der WTO gibt Politikern eine große Chance, die Globalisierung auch und gerade für die Ärmsten dieser Welt sinnvoll und vorteilhaft zu machen. Man hat diese neue Verhandlungsrunde sehr herausfordernd und anspruchsvoll als „die Entwicklungsrunde“ bezeichnet. Es muss jetzt der Beweis erbracht werden, dass die Öffnung von Märkten nicht dazu führt, ja dazu missbraucht wird, die Kluft zwischen Arm und Reich noch größer werden zu lassen. Gleichzeitig: wir müssen bei uns, in den entwickelten Ländern, den Kampf gegen die Klimaveränderungen gewinnen. Die Belastung der Erdatmosphäre mit klimaschädlichen Gasen stammt vornehmlich aus den Konsumgewohnheiten der reichen Menschen auf diesem Globus, kommt somit insbesondere aus den sogenannten entwickelten Ländern. Die negativen Auswirkungen, die der Klimawandel bereits jetzt hat, treffen aber in besonderer Weise die Ärmsten der Armen in den Entwicklungsländern, diejenigen also, die keineswegs die Verursacher sind und die am wenigsten dagegen handeln können, die aber auch die geringsten materiellen Voraussetzungen dafür haben, sich diesen Veränderungen anzupassen. Sind wir uns wirklich der ethischen Dimension dieser Tatsache bewusst, dass die armen Menschen in den Entwicklungsländern einen Teil der Kosten unseres Wohlstandes zu tragen haben? Wir müssen der Technik Beine machen, damit sie die umweltverträglichen Entwicklungen gezielt vorantreibt, die diesem Export von Umweltkosten

ein Ende bereiten. In die Preise, die wir für die Güter und Dienstleistungen unseres Lebensstandards zahlen, müssen wir alle Kosten nach und nach einbinden; die sozialen Kosten natürlich, aber auch die Umweltkosten. Die soziale Marktwirtschaft Ludwig Erhards muss zu einer ökologischen und sozialen Marktwirtschaft weiterentwickelt werden. Das gefährdet nicht den Wohlstand, sondern verändert Technik und Verhalten. Wir müssen uns bewusst werden, dass die großartige Vielfalt in der Schöpfung Gottes mehr und mehr ausschließlich in den Entwicklungsländern bewahrt wird – und damit auch die genetische Vielfalt, die so viele Geheimnisse zur Lösung von Problemen unserer Gesellschaft enthält und deren Weisheit wir für die Zukunft dieses Planeten dringlich benötigen. Aber wir können eben nicht erwarten, dass wiederum die Ärmsten der Armen diese Vielfalt zum Nulltarif erhalten. Sehr zu Recht erwarten unsere Landwirte eine Entschädigung, wenn sie Nutzungseinschränkungen zu Gunsten von Natur- und Artenschutz vornehmen. Dies muss dann ebenfalls auf die globale Dimension übertragen werden.

Vieles also gibt es für uns als konkretes Angebot zum Handeln. In unserem Alltag, in unseren Ferien in fernen Ländern, mit der geforderten Rücksicht auf die dortigen kulturellen und spirituellen Werte, aber auch auf die Natur. Beginnen wir deswegen dieses Jahr nicht mit großen Vorsätzen, die, wie der Volksmund weiß, stets immer das Pflaster zum Scheitern, ja zur Hölle darstellen. Beginnen wir es schlicht mit dem Handeln im Kleinen, beginnen wir es mit der engagierten, bürgerschaftlichen Diskussion über den Weg unserer Gesellschaft in einer globalisierten Welt. ◀



Schwerpunkt



# Ohne Partner keine Hilfe

## Caritas-Katastrophenhilfe am Beispiel der Hungerkatastrophe im südlichen Afrika

Von Matthias Schüth

**Winter 2002: Hungerkatastrophe im südlichen Afrika. Über 10 Millionen Menschen brauchen dringend Lebensmittel, um die Folgen von Dürre und Bürgerkrieg zu überleben. Auf dem Flughafen Frankfurt werden Cargo-Maschinen beladen, die die Hilfsgüter zu den Hungernden bringen. Weiße Helfer folgen den Lebensmitteln in dafür eigens gecharterten Flugzeugen. Nach der Ankunft verteilen sie die Nahrungsmittel an die ausgehungerten Menschen in den Camps rund um den Flughafen.**

Dies ist das Bild der Katastrophenhilfe, wie es bis heute in den Köpfen vieler Zeitgenossen vorherrscht. Doch in den meisten Fällen sieht die Realität ganz anders aus. Denn den komplizierten Verhältnissen in Krisen- und Katastrophengebieten wird die klassische Verschickung von Hilfsgütern und Helfern aus Deutschland meistens nicht gerecht. Dort, wo die Not am größten ist, fällt fast immer auch die Hilfe am schwersten. Unendlich viele Probleme sind zu bewältigen: der Transport von Hilfsgütern durch Kriegsfronten, die schnelle Beschaffung von Lebensmitteln und Medikamenten und nicht zuletzt eine möglichst gerechte Verteilung.

### Professionelle Durchführung

Wenn bei Jürgen Lieser, Leiter der Katastrophenhilfe von Caritas International, in Freiburg die Anfrage für die Nahrungsmittelhilfe per E-Mail ankommt, steht zunächst die zentrale Frage der Finanzierung an: Wie viele Spendengelder können aus Deutschland für die Hungernden eingesetzt werden? Kann die Caritas auf Kirchensteuer- oder Bundesmittel zurückgreifen? Wie viele Gelder geben andere Caritasverbände?

Darüber hinaus geht es auch um inhaltliche Fragen. Die Afrika-Experten der Organisation sowie Mitarbeiter aus der Öffentlichkeitsarbeit haben einen Krisenstab gebildet. Sie diskutieren das Hilfskonzept, und in regelmäßigen Telefonkonferenzen mit Teilnehmern der Weltzentrale der Caritas in Rom, mit der Caritas aus den betroffenen Ländern und anderen europäischen Caritasverbänden wird die effektive Durchführung besprochen und geplant. Kurzfristige Reisen in Krisengebiete gehören für die Referenten zum Beruf.

Die Abstimmung mit den anderen europäischen Caritasverbänden ist ein wichtiger Teil der Arbeit. Doppelungen von Hilfe sollen so vermieden und Ressourcen zusammengeführt werden. In Telefonkonferenzen legen die Teilnehmer fest, wer die Federführung für welches Land im südlichen Afrika übernimmt, d. h. dieser Verband koordiniert und betreut mit der lokalen Caritas im betroffenen Land die Hilfen. Für die Hungersnot in Simbabwe ist dies die englische Caritas, für Angola die deutsche Caritas.

### Die lokale Caritas: zuverlässige Partner

Die Caritas versucht insbesondere, abgelegene Gebiete zu erreichen und den Menschen zu helfen, denen sonst keiner hilft. Die Güter werden in den Nachbarländern gekauft. Ohne Mitwirkung einheimischer Fachleute wäre dies undenkbar. Im Gegensatz zu eingeflogenen deutschen Helfern verfügen die einheimischen Caritas-Fachleute über die notwendige Ortskenntnis und sprechen die Sprache der Opfer.

Konkrete Probleme bei der Realisierung der Hilfen können nicht von Deutschland aus gelöst werden, sondern nur von vor Ort, z. B.: Ist die kleine Landepiste der Pfarrei schon in solch einem schlechten Zustand, dass nur noch kleinere Flugzeuge landen können? Liegt die Landeerlaubnis für das Missionskrankenhaus in Cubal, Angola, vor? Wie viele neue Flüchtlinge sind bei den kirchlichen Nahrungszentren eingetroffen? Entscheidend für die effiziente Hilfe ist nicht das, was von außen organisiert werden kann, entscheidend sind die



Kapazitäten für die Umsetzung im Land. Hier hat die Caritas einen Standortvorteil durch die vielfältigen Strukturen und qualifizierten Mitarbeiter in fast allen Ländern der Welt.

Ob die Hilfsgüter aus Südafrika beispielsweise auch wirklich bei den Dürreopfern ankommen, ist eine Frage, die viele Spender bewegt. Sie hat angesichts von oft fehlenden Kommunikationsmitteln, schlechten Straßen, marodierenden Banden oder auch großen Entfernungen grundsätzlich ihre Berechtigung. Gerade die eingespielten Caritas- und Kirchenstrukturen vor Ort garantieren jedoch eine relativ hohe Sicherheit.

Auch bei der Öffentlichkeitsarbeit von Caritas international dreht sich mittlerweile alles um die Hungersnot im südlichen Afrika. Nun gilt es, die Öffentlichkeit für

die Unterstützung der Projekte zu mobilisieren. Dies geschieht z. B. durch den Versand von Pressemeldungen an Zeitungs-, Radio- und Fernsehredaktionen in ganz Deutschland. Nur wenn gelingt, eine Notsituation auf diese Weise kurzzeitig ins allgemeine Bewusstsein zu verankern, besteht die Chance, eine substantielle Zahl von Spenden einzuwerben. Viele Medien wollen jetzt Interviews mit Caritasmitarbeitern vor Ort führen.

### Menschen in Not

Täglich werden nun vor Ort Lebensmittel aus den Nachbarländern herbeigebracht. In einigen Monaten sollen Saatgut und einfaches landwirtschaftliches Gerät geliefert werden. Auch wenn die akute Not irgendwann abgeklungen ist, bleiben die Caritashelfer weiterhin vor Ort, um beim Wiederaufbau zu helfen. Sie sind Teil der Gesellschaft und vor Ort verankert. Die Wiederaufbauphase ist entscheidend: Sie entscheidet, ob die Menschen sich wieder selbst helfen können oder nicht. Katastrophenhilfe ohne langen Atem ist deshalb nicht vollständig. ◀



*Matthias Schüth ist Referatsleiter Öffentlichkeitsarbeit bei Caritas International in Freiburg.*

*Fotos: Caritas International (2), privat.*

## Verantwortung konkret

### Die Aufbauhilfe im weißrussischen Vitebsk beginnt mit Hilfstransporten und Spenden

**Eine Patenschaft für den Aufbau der Caritas im 1999 gegründeten Bistum Vitebsk in Weißrussland hat jetzt der Diözesan-Caritasverband für das Erzbistum Köln übernommen.**

Angestoßen wurde sie durch eine Bitte des weißrussischen Bischofs Wladyslaw Blin, der sich bei der Suche nach Hilfe für den Aufbau von Caritas-Strukturen an den Kölner Kardinal Joachim Meisner gewandt hatte. Es folgte ein Besuch des Leiters des Fachbereichs Integration und Rehabilitation des Diözesan-Caritasverbandes Köln, Rainer Schumacher, und des Auslandshilfe-Referenten Kai Diekelmann. Danach wurde sehr schnell deutlich, dass im Bistum Vitebsk ein riesiger Hilfebedarf für die sozial Schwachen besteht. „Man fühlt sich um 50 Jahre zurückversetzt. Die Lage für Alte, Behinderte und Kranke ist katastrophal“, umreißt Schumacher die Situation. Es fehle an allem, an medizinischem Gerät, Medikamenten, Rollstühlen, Krücken, Krankenbetten, Bekleidung.

Die Caritas vor Ort will helfen, bedarf aber vorerst selbst der Unterstützung, etwa in personeller oder baulicher Hinsicht. Aus diesem Grund übernimmt der Diözesan-Caritasverband für das Erzbistum Köln Personalkosten in Höhe von knapp 10 000 Euro für zwei zusätzliche Mitarbeiter für die nächsten drei Jahre, um den Caritas-Direktor und die bislang einzige hauptamtliche Mitarbeiterin zu unterstützen. Darüber hinaus fließen 25 000 Euro in die Umwandlung einer Wohnung zu einer Caritas-Basisstation mit Suppenküche und Kleiderkammer in Vitebsk.

Dringend benötigt werden Sachspenden aus dem westlichen Ausland. Die Caritas plant Hilfstransporte für mehrere Altenheime in Vitebsk und Umgebung und ruft Alten- und Behinderten-Einrichtungen im Erzbistum Köln zu Sachspenden auf. Benötigt werden insbesondere gebrauchstüchtige Krankenbetten und Rollstühle, Laufwagen und Krücken. Auch Kleidung und Schuhe für alte Menschen sowie Bettwäsche werden dringend gebraucht. Die Vitebsker Caritas wird die Spenden im Bistum an die richtige Stelle vermitteln. Ein erster Hilfstransport erfolgte bereits im vergangenen Dezember. Unter logistischer Abwicklung des Caritasverbandes Neuss erreichten Hilfsmittel aus dem Neusser Hubertusstift die Caritas in Vitebsk. ◀

*Dagmar Gabrio*

*Weitere Informationen:  
kai.diekelmann@  
caritasnet.de*



Schwerpunkt



# Langer Atem lohnt sich

**Die Auslandshilfe der Ruhr-Caritas hat in 12 Jahren in Skopje einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung geleistet**

*Von Rudi Löffelsend*

**Katastrophenhilfe kommt oft als Soforthilfe im Scheinwerferlicht der Medien daher. Sind die Kameras ausgeschaltet, versiegt der Spendenfluss, aber der Hilfebedarf bleibt. Nachhaltigkeit, Hilfe zur Selbsthilfe ist mühsam, kämpft mit Rückschlägen und braucht Zeit und hohe Motivation.**

Auslandshilfe bedeutet Solidarität zu üben und den Brückenschlag über die (west)europäischen Grenzen hinweg zu verwirklichen. Die Auslandshilfe der Caritas im Bistum Essen leistet Hilfe, weil dies eine Aufgabe und Verpflichtung jedes Christen und zugleich Grundauftrag der Kirche ist. Unser Ziel ist es, gemeinsam mit unseren Partnern in Ost- und Südosteuropa ein Netzwerk von Hilfen aufzubauen. Im Mittelpunkt der Hilfen stehen die von Not betroffenen Menschen in Ost- und Südosteuropa.

Zugleich bekämpfen wir durch Not- und Katastrophenhilfe im Sinne einer „neuen Flüchtlingspolitik“ präventiv Fluchtursachen in den Herkunftsländern. Durch die Entwicklung von Zukunftsperspektiven soll einer Abwanderung der Menschen nach Westeuropa entgegengewirkt werden.

Bei unseren Projekten setzen wir immer auf die Selbsthilfekräfte der Menschen, die von Not betroffen sind. Dies ist wichtig, um ihnen die Würde zu lassen und sie nicht ihrer Eigenverantwortung und -initiative zu entheben. Wo immer es geht, werden die Hilfsgüter im Lande selbst beschafft, so wird zugleich ein Beitrag zur Wirtschaftsförderung geleistet.

Der Beginn eines Programms zur Re-Integration für abgelehnte Asylbewerber aus Makedonien liegt 12 Jahre zurück. In Nordrhein-Westfalen lebten einige Tausend Roma, die als Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugos-

lawien gekommen waren, denen aber hier kein Asyl gewährt wurde. Es gab die rechtliche Lösung einer Abschiebung oder die politische Lösung einer dauerhaften Duldung mit Bleiberecht. Die NRW-Landesregierung entwickelte Konzepte einer „Neuen Flüchtlingspolitik“ und setzte konkrete Projekte um, eines in Zusammenarbeit mit dem Diözesan-Caritasverband Essen, das in seinem Umfang den aller anderen Landesprojekte weit übertraf.

## Das „Re-Integrationsprojekt“ in Skopje

In Suto Orizari, im Folgenden auch „Shutka“ genannt, einem Stadtteil von Skopje in Makedonien, ging es darum, insgesamt die Lebensehtwicklungschancen der Roma in ihrem Herkunftsort, in dem sie eine Minderheit bilden, zu verbessern. Dazu wurde ein Konzept stadtteilorientierter Sozialarbeit umgesetzt. Wichtigstes Teilziel dabei war, den Roma die Möglichkeiten zur Teilnahme am staatlichen Ausbildungssystem zu sichern und vor allem Kinder und Jugendliche zu fördern.

Schwerpunkte waren Schulförderung und ein Angebot von Freizeitaktivitäten, dazu gehörten Hausaufgabenhilfen, Elternarbeit, Sportangebote sowie Einzelfallarbeit mit Kindern und Eltern und eine spezielle Arbeit mit straffällig gewordenen Jugendlichen. Dies geschah immer in enger Kooperation mit Studierenden der Sozialarbeit an der Universität Skopje, die studienbegleitende Praktika am Jugendzentrum absolviert haben. Zur Förderung der schulischen Ausbildung gehören neben einem umfangreichen Schulbuchprogramm, eigenen Jugendberufsausbildungskursen und Stipendienprogrammen auch Ausstattungshilfen für die Abendschule in Shutka. Diese Abendschule ermöglicht Jugendlichen und Erwachsenen, die ihren Abschluss in der Regelschule verpasst haben, in vier Jahren ihre acht Grundschuljahre nachzuholen. So ist diese Schule für viele die einzige Chance, einen Schulabschluss zu

bekommen. Damit verbunden ist die Berechtigung zu sämtlichen Sozialleistungen. Es gelang, in diesen vielen Jahren ein funktionierendes Netzwerk von staatlichen und nichtstaatlichen Hilfen in einem Stadtteil von Skopje zu entwickeln, das den Menschen ein Mindestmaß von sozialer Begleitung anbietet, sie aber nicht der Eigenverantwortung für ihr Leben enthebt.

Bei allen Aktivitäten hat die Caritas immer versucht, Selbsthilfepotenziale der Betroffenen zu aktivieren. Man darf die Menschen nicht der Eigeninitiative für ihr Leben entheben, sie nicht entmündigen, sondern muss mit ihnen gemeinsam Wege entwickeln, ihre Situation zu verbessern. Zwar hat die Caritas in besonderen Fällen auch Nothilfen geleistet, um kurzfristig Menschen zu helfen. Aber der Schwerpunkt lag eindeutig auf der Entwicklung von Strukturen, die auf die Stärkung von Eigenverantwortung und -initiative abzielten.

### **Familienberatung**

Bei der Familienberatung – offen für alle Bewohner des Roma-Viertels – ging es sehr stark um Einzelfallhilfen. 500-700 Beratungsgespräche wurden im Monat geführt. Erschwert wurde diese Arbeit immer durch ständige Reformen im Sozialhilferecht in Makedonien. Die Familienberatung bot Kurse an, die bei uns in Deutschland bei der Volkshochschule oder Familienbildungsstätten angeboten werden. Hier ging es darum, Familien zu vermitteln, mit Fragen praktischer Lebensführung unter schwierigen Bedingungen klarzukommen: Ernährung, Haushaltsführung, Hygiene, Schwangerschaft, Geburtsvorbereitung und Säuglingspflege. Teilnehmerinnen dieses Bereiches erhielten auch ein Soforthilfepaket als Erstausrüstung für die zu erwartenden Kinder.

Zur Arbeit der Familienberatung gehörten auch Ankauf und Verteilung von Lebensmitteln und anderen Hilfsgütern, immer in Zusammenarbeit mit der einheimischen Caritas. Hinzu kam die Gründung eines Seniorencafés, der Beginn einer stadtteilbezogenen Altenarbeit. Das Café wurde selbst organisiert. Insgesamt haben wir versucht, alle Soforthilfen über die einheimische Caritas oder Roma-Organisationen zu erledigen.

### **Medizinische Versorgung**

Rückkehrer wie auch einheimische Roma haben vielfach keine makedonische Staatsangehörigkeit mehr oder können keine acht Grundschuljahre nachweisen, oder haben nicht die notwendigen Dokumente. Somit haben sie keinen Anspruch auf medizinische Versorgung seitens des Staates.

## **Zur Situation der Roma in Makedonien**

Es gibt keine politische Verfolgung der Roma in Makedonien. Es gibt ganz vereinzelte gesellschaftliche Übergriffe auf Roma, weil sie Roma sind; aber die Roma sind eine marginalisierte Gruppe, deren Probleme von der Politik, den Behörden und der allgemeinen Öffentlichkeit ignoriert und verdrängt werden. Dies war schon immer so.

Der Umstand, dass überproportional viele Roma, gemessen an der Gesamtbevölkerung, bereits im westlichen Ausland waren, erschwerte zum Teil die Eingliederung der Menschen in ihrem Heimatland. Und so hart es sich anhört gilt, wenn unter den Bedingungen eines Sozialstaates wie der Bundesrepublik für Flüchtlinge das Leben organisiert werden kann, führt diese dauernde Alimentierung zu einem Motivationsverlust, das Leben eigenverantwortlich zu gestalten. Zumal die entwickelten Ansprüche in Makedonien unerfüllt bleiben müssen. Bei Kindern ist ein großes Integrationshemmnis die mangelnde Sprachkenntnis, da sie zum Teil in westeuropäischen Ländern geboren wurden und schon in früher Kindheit über Jahre hinweg im westlichen Ausland gelebt haben. Unter den Rückkehrern sind sie die eigentlichen Opfer.

1991 haben wir mit einer Caritasambulanz angefangen, anfangs ohne rechtlich gesicherten Status, ab 1993 rechtlich abgesichert, um eben beschriebenen Zielgruppen eine Möglichkeit auf medizinische Behandlung zu geben.

Hinzu kam, dass die Caritas Makedonien mit dem Klinischen Zentrum in Skopje mit insgesamt 32 Fachbereichen einen Vertrag abgeschlossen hatte über medizinische Freibehandlungen für Caritas-Patienten. Als Gegenleistung wurden Krankenhaus-Ausstattungen (gebraucht) aus dem Bistum Essen nach Makedonien geliefert. Rund 1 300 Patienten konnten so jährlich stationär behandelt werden. Über 50 000 Behandlungen gab es in der mobilen Ambulanz.

### **Nachhaltigkeit**

1997 ging dieses Projekt in der Landesförderung durch NRW zu Ende. Erstmals hatte eine deutsche Landesregierung den gelungenen Versuch unternommen, partnerschaftlich mit einem Wohlfahrtsverband im Ausland zusammenzuarbeiten. Dabei ist in 6 Jahren ein Projekt realisiert worden, das die sozialen Bedingungen der Bevölkerung eines Stadtteils positiv verändert hat und zu einer Verbesserung der Lebensperspektive der Menschen beigetragen hat.

Die Caritas Essen hat sich früh darum bemüht, andere Sponsoren und finanzielle Zuwendungsgeber zu finden, um das bisher Erreichte fortsetzen zu können. In einigen Teilbereichen des Projektes in Shutka konnten wir eine langfristige Weiterführung bestimmter Projekte erreichen: Das Jugendzentrum wurde 1998-2001 von der „Sorros Foundation“ aus New York finanziert. Ebenso gab es eine Zusatzfinanzierung für 1998-1999 und 2000/2002 durch die holländische Regierung. Renovabis finanziert derzeit viele Programmpunkte weiter.

Die Förderung der Berufsausbildung und Qualifizierung für Roma-Jugendliche wurde 2000 und 2001 von der Caritas Münster finanziert. Die Caritas im Bistum Aachen finanziert berufliche Qualifizierungen. Darüber ▶



## Schwerpunkt

## Caritas weltweit

- hinaus haben wir schon sehr früh zum Erhalt unserer Maßnahmen und Tätigkeiten in diesem Stadtteil zwei lokale humanitäre Organisationen gegründet. Beide sind Teil des Caritas-Netzwerkes innerhalb Makedoniens. Über unsere beiden einheimischen NGOs haben wir mehrere EU-Projekte bewilligt bekommen, die sehr stark darauf abzielten, die Selbsthilfekräfte zu stärken und einheimische Roma-Selbsthilfegruppen zu gründen und zu stabilisieren. Darüber hinaus haben wir ein Projekt durchgeführt, das lokale Entscheidungsträger (Bürgermeister, Verwaltungsbeamte) aus Makedonien trainiert hat, Basisdemokratische Verhaltensweisen zu erlernen, zum Beispiel im Umgang mit den Bürgern, auch den Roma. Derzeit läuft ein Programm mit Förderungsmitteln der EU auf drei Jahre, Schwerpunkt Makedonien, aber wei-

ter greifend auf die übrigen ehemaligen Teil-Republiken Jugoslawiens, bei dem es darum geht, wieder lokale Entscheidungsträger und Vertreter von Roma-Organisationen zusammenzubringen, um bessere Bedingungen vor Ort zu erwirken.

So wird also deutlich, dass aus einem eigentlich zeitlich begrenzten Projekt, nämlich dem Re-Integrationsprogramm für abgelehnte Asylbewerber, eine sehr langfristige Hilfe werden kann. Dies zeigt sich auch darin, dass zwischen 1997, also dem Ende des NRW-Projektes, und diesem Jahr die Zahl der Mitarbeiter bei unserer Organisation sich verdoppelt hat.

Mit diesen Entwicklungen sind wir überaus zufrieden. Es zeigt sich, dass ein langer Atem sich auch lohnen kann, auch bei einem Projekt in einem sehr schwierigen Umfeld mit einer schwierigen Zielgruppe.



## Kommentar

### Für ein soziales Europa

Schon mehr als ein halbes Jahrhundert lebt Europa in Frieden. Zusammen mit Nordamerika und Japan gehört die Union zu den drei wohlhabendsten Regionen der Welt. Dieses haben wir nicht zuletzt den stabilen politischen Verhältnissen in den einzelnen Nationalstaaten, sondern auch

der Europäischen Gemeinschaft zu verdanken. Die Europäische Union bestimmt zunehmend unsere Zukunft, Brüssel wird zum Dreh- und Angelpunkt bei wichtigen Gesetzesvorhaben, die das Leben in den einzelnen Mitgliedsstaaten nachhaltig beeinflussen.

Fünfzig Jahre nach ihrer Gründung befindet sich die Europäische Union zurzeit an einem Scheideweg. Die Verträge von Nizza haben es möglich gemacht, die Gemeinschaft um zehn neue, vor allem mittel- und osteuropäische Mitgliedstaaten zu erweitern.

Im europäischen Einigungsprozess standen bislang ökonomische Belange im Mittelpunkt des Interesses. Es wäre allerdings fatal, würde die soziale Entwicklung vernachlässigt. Denn im Zuge vermehrter Globalisierungsanstrengungen droht die Gefahr, dass die Ungleichheit zwischen den Ländern, aber auch innerhalb der Länder wächst – mit

der Folge, dass zunehmend mehr Menschen an den Rand geraten. In Europa gibt es derzeit 130 Millionen Einkommensarme, 34 Millionen Arbeitslose und eine Analphabetenrate Erwachsener von durchschnittlich 15 Prozent!

Inwieweit die Entwicklung von einer Wirtschafts- und Währungsunion zu einem sozialen Europa gelingt, ist dabei auch abhängig vom Engagement der Wohlfahrtsverbände. „Zuschauen hilft nicht – Verantwortung ist weltweit“ – das Jahresthema der Caritas in diesem Jahr gilt für die gesamte europäische Entwicklung, ganz besonders aber angesichts der bevorstehenden Osterweiterung.

Die Caritas in Nordrhein-Westfalen hat es sich zur Aufgabe gemacht, ein soziales Europa mitzugestalten, vor allem die Armut in Europa zu bekämpfen. Deshalb setzt sie zum Beispiel gemeinsam mit den anderen Wohlfahrtsverbänden das europäische Förderprogramm EQUAL um. Hier arbeitet die Caritas kreativ und mit großem Erfolg im Rahmen der „Offensive für Ältere“. Ziel dieser Initiative ist es, ältere Menschen ohne Beschäftigung wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Auch die aktuelle Förderzusage für ein Projekt gegen soziale Ausgrenzung belegt, dass Caritas als ein Akteur der europäischen Sozialpolitik wahr- und ernst genommen wird.

Es ist die Aufgabe der Caritas, bei der Ausgestaltung der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik in der EU mitzuwirken und auf falsche Entwicklungen hinzuweisen. Die Caritas wird sich an ihrem anwaltschaftlichen Einsatz für diejenigen, die Gefahr laufen, vom Zug des Einigungsprozesses abgekoppelt zu werden, messen lassen müssen. Not sehen und handeln – dieser Satz ist aktueller denn je.

# Nicht jedes Geschenk ist ein Geschenk

„Mein Mann ist gestorben, ich hätte da noch zwei gut erhaltene Prothesen abzugeben.“ – „Ich habe da noch zwei gut erhaltene Wintermäntel, können Sie die mal eben abholen, ich will meine Schränke gerade aufräumen?“ – „Meine Mutter ist gestorben, können Sie noch eine Wohnungseinrichtung gebrauchen? Muss aber morgen sein, wir wollen fertig werden mit der Auflösung“ – „Ich hätte da noch ein Auto zu verschenken, Baujahr 84, ohne Kat, aber läuft noch gut.“

Einige wenige Beispiele von täglichen Anrufen bei der Caritas (im Ruhrbistum). Wie geht man damit um?

Unser Auslandsreferat verfügt über einen festen Mitarbeiter im technischen Bereich und einen alle neun Monate wechselnden Zivildienstleistenden und über eine Lagerhalle am Stadtrand von Essen.

Der Anrufer mit den Wintermänteln war 84 Jahre, kam selber vorbei und brachte die Mäntel mit, er war eher klein, eher eine Kindergröße, und die Mäntel hatten das Design der späten 40er Jahre. Aber da kannte ich einen sehr klein geratenen Pfarrer in Banja Luka, den wir damit beglücken konnten.

Das Auto kann wegen seines Alters nirgendwo im Ausland angemeldet werden, die Entsorgung muss der Eigentümer jetzt wohl selbst übernehmen. Die Wohnung war nur noch in Fragmenten vorhanden, dies ist leider oft die Regel, weil erst die nächsten Angehörigen, dann Freunde und Verwandte alles mitnehmen, was noch lohnend ist, „den Rest kann die Caritas haben“.

Anfragen wegen Wohnungsaufösungen haben wir 20- bis 30-mal täglich. In der Regel geben wir sie weiter an Einrichtungen, die Möbel und Hausrat abholen, aufarbeiten und an sozial Bedürftige vermitteln.

Manchmal brauchen wir spezielle Sachen, zum Beispiel Elektrogeräte, Küchen, aber meist sollen wir dann auch alles entrümpeln.

Entschuldigung, wenn ich dies so deutlich formuliere, aber der Spruch. „Nicht jedes Geschenk ist ein Geschenk“ gilt auch für unsere Empfänger im Ausland, hat auch was mit Menschenwürde zu tun, mit dem Empfinden, was noch zumutbar ist. „Auf dem Sofa hat unser Oma 30 Jahre gelegen, das ist doch wohl gut genug für die auf dem Balkan“, Originalzitat einer Anruferin aus Essen.

Auch dies ist Alltag, der manchmal belastet, weil wir ja immer erst einmal vom Positiven ausgehen müssen: „Der Anrufer will Gutes tun, unmittelbar helfen.“ Aber es muss ja auch passen zu dem, was wir und unsere Partner vor Ort brauchen und was zumutbar ist. Da gehen Meinungen und Interessenlagen oftmals auseinander.

So werden wir weiterhin versuchen, den Menschen, die etwas abzugeben haben, den Sinn des Spruches „Nicht jedes Geschenk ist ein Geschenk“ klar zu machen.



Rudi Löffelsend,  
Pressesprecher der Caritas  
im Ruhrbistum

## Leben unter dem Halbmond

**Nur rund 100 000 Christen leben in der Türkei, das sind etwa 0,15 Prozent der Gesamtbevölkerung. Ihre Situation als Minderheit hat sich – Experten zufolge – in den letzten Jahren ständig verschärft.**

Die von Atatürk eingeführte laizistische Verfassung der Türkei sieht die Trennung von Staat und Religion vor, gleichzeitig garantiert sie die Glaubensfreiheit des Einzelnen. In der Praxis aber existiert eine staatliche Glaubensbehörde mit 123 000 Mitarbeitern, die den sunnitischen Islam massiv fördert. Den christlichen Kirchen und anderen religiösen Gruppen stehen dagegen zur Entfaltung ihrer Aktivitäten nur begrenzte Freiräume zur Verfügung.

Helmut Wisemann, Geschäftsführer der Unterkommision „Interreligiöser Dialog der Deutschen Bischofskonferenz, und Landeskirchenrat Gerhard Duncker machten auf einer interessanten Tagung in der Akademie „Die Wolfsburg“ deutlich, dass sich Kritik an der Religionspolitik der Türkei nicht gegen den Islam richte, sondern vielmehr für bessere Bedingungen in der Türkei selbst kämpfe. Dazu gehört die Erlaubnis,

eigene Gotteshäuser zu bauen und zu nutzen, Schulen zur Ausbildung des eigenen theologischen Nachwuchses zu unterhalten und als Glaubensgemeinschaft auch rechtlich den vollen Schutz zu genießen.

Der Essener Weihbischof Franz Vorrath wies darauf hin, dass beim Thema Religionsfreiheit das Prinzip der Gegenseitigkeit gelten müsse. „Es geht darum, die Rechte muslimischer Minderheiten in Deutschland anzuerkennen und gleichzeitig engagiert für die Rechte christlicher Minderheiten in islamisch geprägten Ländern einzutreten und sie einzufordern“, betonte Vorrath. Einig waren sich alle Teilnehmer der Tagung, dass die Religionsfreiheit ein Menschenrecht ist, das universal und nicht teilbar ist. Besonders im Hinblick auf den angestrebten EU-Beitritt müsse die Türkei die Lage der Christen substanziell und dauerhaft verbessern. Denn Menschenrechte und der Schutz von Minderheiten gehören zu den Beitrittskriterien, die nicht verhandelbar sind. Daran müssen sich allerdings auch deutsche Politiker, die aus ökonomischen und politischen Gründen der Türkei Avancen machen, erinnern lassen. ◀

Markus Lahrmann





Schwerpunkt

Caritas weltweit

# Kultur-Schock hat Nachteile

**Warum die Caritas der Ukraine auf Erholung für Tschernobyl-Kinder im eigenen Land setzt**

**Die Kinder von Tschernobyl brauchen Erholung, medizinische und pädagogische Betreuung. Deswegen haben die Diözesan-Caritasverbände in NRW mit Unterstützung von Renovabis ein Feriendorf in den ukrainischen Karpaten errichtet, unterhalten wird es heute von der ukrainisch-katholischen „Caritas-Spes“. Warum Erholung und Rehabilitation im eigenen Land sinnvoller sind als im westlichen Ausland, begründet die „Caritas-Spes“ so:**

Die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl am 26. April 1986 hatte in der Ukraine eine rapide Steigerung der Kindererkrankungen zur Folge. Betroffen sind Herz und Kreislauf, Lunge, der Magen-Darm-Bereich sowie das Immunsystem. Die Häufigkeit von Schilddrüsenkrebs, auch im ganz frühen Alter, hat dramatisch zugenommen. Die westlichen Länder blieben angesichts der ukrainischen Tragödie nicht gleichgültig und haben sofort ihre Unterstützung angeboten, unter anderem im Bereich der Gesundheit und Rehabilitierung von Kindern insbesondere aus sozial benachteiligten Familien. Diese Hilfe geschah in Kooperation mit vielen ukrainischen Wohlfahrtsvereinen. Obwohl einzelne Aktionen schon Ende der 80er Jahre verliefen, kann man das Jahr 1990 als Beginn der regulären Arbeit bezeichnen. Damals reisten Kindergruppen nach West- und Mitteleuropa, nur wenige erholten sich in der Ukraine. Diese Praxis hatte ihre Stärken und positiven Seiten, aber auch ihre Nachteile.

Als vorteilhaft für die Kinder erwiesen sich

- ▶ persönliche Kontakte zu den Menschen im Ausland,
- ▶ Bekanntschaft mit anderen Kulturen,
- ▶ Gefühle der Gastfreundschaft und Herzlichkeit,
- ▶ massive materielle Hilfe,
- ▶ die Möglichkeit zu qualitativer medizinischer Untersuchung, Diagnostik und späterer Behandlung,
- ▶ Förderung des Interesses an Fremdsprachen und Fremdsprachenkurse.

Aber auch Schwierigkeiten und Probleme traten auf, zuvorderst Visaprobleme und hohe Transportkosten. Zudem sind die Organisatoren in hohem Grade von der ukrainischen Bürokratie abhängig. Wiederholt ist es vorgekommen, dass dabei die Beamten ihre eigenen Kinder oder die Kinder ihrer Verwandten, die gar nicht arm sind, den Organisationen aufgezwungen haben. Wer sich dagegen wehrte, erhielt garantiert neue bürokratische Hürden. Die Präsenz dieser „aufgezwungenen“ Kinder in den Gruppen ist für deren Eltern eine einträgliche Geldquelle.

Auch kann die Erholung im Ausland nur eine relativ geringe Anzahl von Kindern in Anspruch nehmen. Dabei sind die Gesamtkosten für ein Kind etwa genauso hoch wie die Kosten für die Gesundheit und Rehabilitierung von zehn Kindern in der Ukraine.

Psychologische und sprachliche Barrieren für Kinder sowie ein „Kulturschock“ lassen sich in den meisten

Foto: Achim Pohl / DiCV Paderborn

Fällen nicht vermeiden für solche Kinder, die aus der Armut einfach in den Wohlstand versetzt werden. Am schlimmsten ist es, wenn die Kinder diesen Wohlstand mit Neid beobachten. Sie haben keine Vorstellung, wie die Menschen durch ihre alltägliche Arbeit diesen Wohlstand schaffen. Für solche Kinder, die in einer verantwortungslosen Umgebung ohne ein Gefühl für Arbeit aufwachsen, ist es ziemlich schädlich, nur die materiellen Früchte eine Zeit lang zu genießen. Sie können nicht begreifen, dass es auf dieser Welt nichts gibt, das einem einfach nur in den Schoß fällt.

Die Kinder erleiden einen ernsthaften psychologischen Schock nach der Rückkehr in die Heimat, in den grauen Alltag. Sie beginnen alles zu vergleichen.

Diese Überlegungen haben uns als Caritas-Spes allmählich zur festen Überzeugung geführt, dass wir diesen Hilfebereich umgestalten müssen und vor allem hier in der Ukraine Akzente setzen sollen. Diese Auffassung wurde von unseren Partnern in Deutschland unterstützt, insbesondere als man 1994 mit der Errichtung des Kinderdorfes in Jablunitsa (in den Karpaten) begonnen hat. Dieses Rehabilitationszentrum wurde dank finanzieller Unterstützung unserer Förderer – Renovabis, Deutscher Caritasverband, Diözesan-Caritasverbände Aachen, Essen, Paderborn, Münster sowie sogar einiger Privatsponsoren – gebaut.

Die Idee der Gesundheit und Rehabilitierung der Kinder in der Ukraine hat sich als richtig erwiesen. Heutzutage besitzt allein Caritas-Spes der römisch-katholischen Kirche in der Ukraine drei eigene Zentren.

- ▶ Das Kinderdorf Jablunitsa wird weiterhin ausgebaut und verbessert; im Sommer halten sich dort jeden Monat 130 Kinder, im Winter 60 Kinder auf.
- ▶ Das Wohlfahrtszentrum Olexandriwka bei Shytomir. Im Sommer erholen sich dort jeden Monat 120 Kinder.
- ▶ Das Zentrum in der Ortschaft Zaritschany bei Shytomir. Im Sommer werden dort jeden Monat an die 130 Kinder empfangen.

Auch im Priesterseminar in Worzel bei Kiew ist ein Haus eröffnet worden, wo im Laufe des Jahres jeden Monat ca. 20 Kinder rehabilitiert werden. Alle Kinder, die sich in unseren Zentren aufhalten, sind Kinder aus den infolge des Tschernobyl-Unglücks verseuchten Regionen. Hinzu kommen Waisenkinder, Kinder aus sozial schwachen und kinderreichen Familien. Alle Gäste werden unabhängig ihrer Herkunft, Nationalität oder

konfessionellen Zugehörigkeit aufgenommen. Allein im Jahre 2000 wurden von unseren Rehabilitationszentren über 2600 Kinder erfasst, im Jahr 2001 waren es ähnlich viele.

Dank unserer Förderer in Deutschland konnten wir die Erholung und Rehabilitierung der Kinder auf einem sehr hohen Niveau organisieren. Hierzu gehörte u. a. die Ausstattung der Zentren mit modernen Küchen und Heizungssystemen.

Nach mehrjähriger Erfahrung sind wir überzeugt, dass die Kindergesundungsprogramme in den ökologisch sauberen Gebieten von erstrangiger Bedeutung sind. Das Wissen um die Probleme der Kinder hilft uns, spezielle Programme der kulturellen und religiösen Erziehung, der richtigen Ernährung, der Vitaminisierung sowie der körperlichen Kräftigung zu planen und umzusetzen. Diese Projekte ermöglichen uns, „zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen“: Auf einer Seite stärken wir die Gesundheit der Kinder, auf der

anderen Seite schaffen wir Arbeit. In unseren Zentren sind kontinuierlich Bauarbeiter, Tischler, Verwaltungsmitarbeiter etc. tätig. Alle diese Menschen beziehen ein regelmäßiges Einkommen. In der Sommersaison beschäftigen wir befristet Schullehrer, Erzieher und Köche. Auf Vollzeit-Basis sind in unseren Zentren insgesamt 25 Personen angestellt, im Sommer kommen zusätzlich noch 45 Personen im Nebenerwerb hinzu. Noch nicht erwähnt ist ein anderer wichtiger Aspekt, und zwar die Verantwortung für die Erziehung der Kinder, die im Heimatland erfolgen soll und nicht den Wohltätern im Ausland auferlegt werden darf. Kontakt zu den Kindern bedeutet auch Kontakt zu den Eltern und damit die Möglichkeit, auch ihnen zu helfen. ◀

Caritas-Spes, Ukraine, Übersetzung: Peter Tivikov,  
Redaktion: Jürgen Sauer / Markus Lahrmann



*Tschernobyl-geschädigtes Kind mit seiner Mutter in einem Krankenhaus in Kiew.  
Foto: Schnitzler*



# „Alles bleibt anders!“

Von *Andreas Meiwes*

Europamüde? Keine Spur! Das alte neue Europa, es wächst und wuchert und wird in den Köpfen real. Niemand will raus, und alle wollen rein. Mit den zehn „Neuen“ wird die Europäische Union von Portugal bis Polen, von Irland bis Zypern reichen. Die Nationen werden bleiben, aber das Netz ihrer Entnationalisierung immer dichter knüpfen.

Verantwortliche der Caritas stellen sich nicht erst seit gestern der Frage, ob sie auf die Anforderungen eines geeinten Europa ausreichend vorbereitet sind. Wenn wir nicht wollen, dass die nationalstaatliche Ordnung durch förderpolitische Fragen in den Hintergrund gedrängt wird, so ist es mehr als sinnvoll, sich auf die Suche nach geeigneten Strukturen zu begeben.

Die Förderpolitik ist jedoch nur ein Thema und darüber hinaus eben nicht das Einzige!

Die Komplexität bürokratischer Verhandlungen in der EU wächst dramatisch mit der wachsenden Anzahl weitere Mitgliedsländer. Da fällt es leichter, zur Vereinheitlichung und Normierung von Gurken zu gelangen, als die Frage nach gleichen ethisch moralischen Prinzipien in den Blick zu nehmen.

Skeptiker sagen, dass sich die Einwirkungsmöglichkeiten für Kirche und Caritas vornehmlich national gestalten und gestalten werden. Doch, muss dies so bleiben oder vielmehr, darf dies so bleiben?

Die Europäische Union war in ihren Anfängen eine Wirtschaftsgemeinschaft. Kultur, geistiges Erbe, gemeinsame Tradition kamen in den Verträgen ebenso

wenig vor wie die Kirchen. „Erst in der Fernsehrichtlinie von 1989, in der unter anderem die Ausstrahlung von Werbung während der Übertragung von Gottesdiensten verboten wurde, war erstmals überhaupt von religiösen Belangen die Rede“, so schreibt die FAZ vom 29. 4. 02.

Die Schaffung gemeinsamer europäischer Strukturen im Bereich der sozialen Sicherheit könnte dazu führen, dass nationale Besonderheiten, die bisher für die Schaffung sozialer Sicherheit wichtig sind, zugunsten einer einheitlichen Gemeinschaftsregelung geopfert werden müssen. Hierzu gehören auch die Betrachtungen der Einrichtungen der so genannten Daseinsvorsorge sowie der religiösen und weltanschaulichen sozialen Einrichtungen, insbesondere die der Kirche.

Ich meine, wir müssen Chance und Gefahr gleichermaßen erkennen:

- ▶ Die häufig festgefahrenen nationalen Systeme sozialer Sicherheit könnten durch den Wettbewerb der Ideen und Modelle eine Modernisierung erfahren.
- ▶ Sie könnten aber auch zulasten der sozialen Gerechtigkeit durch den Wettbewerbsgedanken, unter Verlust der Wertgebundenheit, ökonomisiert werden.

Während die sozialen Themen der Caritas ihre verbandliche Verortung haben, bedarf es auf europäischer Ebene noch einer Orientierung für eine mögliche überverbandliche Zusammenarbeit, eben jenseits der Bistumsgrenzen.

Wenn wir als Diözesan-Caritasverbände der zunehmenden Wechselwirkung europäischer und nationaler Politik gerecht werden wollen, dann müssen wir unsere Arbeit und deren Struktur auf die sich verändernden Gegebenheiten einstellen.

Hierzu gehört vor allem die stärkere Orientierung im Hinblick auf transnationale Konzepte in der Caritasarbeit. Diese Orientierung ist deshalb unabdingbar, da die europäische Administration mit Akribie dabei ist, die zusammenwachsende europäische Gesellschaft quer durch alle Mitgliedsstaaten und vorhandenen gesellschaftlichen Gruppen mit all ihren Unterschiedlichkeiten zu vernetzen. Wer denn, wenn nicht wir, die Caritas, haben hierzu die besten Voraussetzungen, um uns im Interesse der Europäer aus NRW einzumischen?

„In dir muss brennen, was du bei anderen entzünden willst!“, soll bereits schon Augustinus vertreten haben! Es gibt auch eine kleine europäische Flamme der Caritas in NRW! Doch bei einer kleinen Flamme darf und wird es nicht bleiben, da bin ich mir sicher! ◀

*Andreas Meiwes ist  
Direktor des Diözesan-  
Caritasverbandes Essen  
und Herausgeber von  
Caritas in NRW.*

*Foto: Pohl*





*Vertieft in den Augenblick, vergessen sie selbst ihre kindlichen Sorgen: Drei Roma-Kinder arbeiten mit Ton.*

*Foto: Schloëßer*

# „Der Herbstbaum“

*Von Gerda Schloëßer*

**Der Bericht über das Re-Integrationsprojekt für Roma in Skopje/Makedonien\* schildert, wie durch ein Projekt Strukturen aufgebaut werden, um Menschen die Wiedereingliederung in ihrer Heimat zu ermöglichen. Aber die soziale Wirklichkeit – und damit die Arbeit der Caritas – ist vielschichtig. Eine andere Seite dieser Wirklichkeit geschieht in Deutschland. Ein Praxisbericht von Abschied und Abschiebung.**

Kemal, Jasmina, Fatima, Kristina sind Romakinder. Sie sind seit langer Zeit in Krefeld. Sie begegneten mir oft, obwohl ich doch schwerpunktmäßig in der Aussiedlerarbeit zu tun habe. Da wurden vor mehr als zehn Jahren die Containersiedlungen für Flüchtlinge aufgestellt. „Menschenunwürdig“ befanden Krefelder Initiativen. Es entstand aus der Not heraus eine Kinderbetreuung – ein Raum, wo die Kinder Kind sein konnten. Wo beispielsweise kleine Romakinder den ganzen Tag Umzug mit der Puppenecke spielten. Wo Kinder aus den Kriegsgebieten ihre Kriegserfahrungen nachspielten, so wahrheitsgetreu, dass es den Erzieherinnen eiskalt den Rücken runterlief.

Jahre später begegnen mir die Kinder in der Notwohnung für Aussiedler wieder. Hier ist inzwischen aufgrund der geringeren Zuzüge Platz geworden für die

Flüchtlingsfamilien, die sich durch Wohlverhalten in anderen Unterkünften einen Umzug in bessere Häuser verdient haben. Die Kinder sprechen deutsch, gehen sogar teilweise regelmäßig zur Schule, sind überwiegend in Deutschland geboren. Freuen sich über die Angebote des Caritasverbandes. Die Eltern finden Ruhe, Blumen werden vor dem Haus gepflanzt, man besucht sich, lernt die ersten Worte Russisch. Fatima, die hier in Deutschland keine Großeltern hat, findet in Emma, der Aussiedlerin aus Kasachstan, eine Ersatz-Oma, bei der sie gerne bleiben möchte. Ein fast normales Leben.

Doch dann kommt Unruhe auf. Der Vater von Mari-gona sitzt in Abschiebehaft, die Kinder verstehen das nicht – ich auch nicht! Ich versuche zu trösten. Die Eltern und die drei Kinder im Alter von zehn und drei Jahren und das jüngste von elf Monaten müssen zurück in den Kosovo, in ein Haus, in dem nur ein Zimmer bewohnbar ist. Ich muss mich verabschieden, werde diese Menschen nie wieder sehen, und frage mich, wie sie zurechtkommen werden in einem Land, wo der Winter vor der Türe steht, in dem Not und Ausgrenzung von Minderheiten an der Tagesordnung sind.

Das letzte Kindertreffen verlief auf Wunsch der Kinder wie immer. „Gloria, was machen wir heute?“ Wir gestalteten ein Wandbild. Es entsteht ein großer Herbstbaum mit vielen bunten Blättern. Sie tragen die Namen der Kinder. Die Blätter fliegen teilweise durch den Himmel, andere liegen am Boden. ◀

*Gloria Schloëßer ist Dipl.-Sozialpädagogin im Migrationsdienst des Caritasverbandes für die Region Krefeld.*

*\*) s. Seite 12-14*

# In großer Not

**Caritas Köln und Uni Dortmund legen Untersuchung über pflegende Angehörige vor**

**Besonderen physischen, psychischen und auch ökonomischen Belastungen sind die Angehörigen der rund 2,1 Millionen Pflegebedürftigen in Deutschland ausgesetzt.**



*Auch wer zu Hause gepflegt wird, freut sich über Besuch. Entlastung brauchen aber vor allem die Angehörigen.*

*Foto: Peter Wirtz*

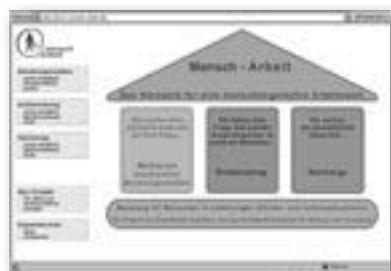
In einer gemeinsamen Untersuchung haben der Caritasverband für das Erzbistum Köln und die Forschungsgesellschaft für Gerontologie der Universität Dortmund eine wissenschaftliche Erhebung zur Lebenssituation von pflegenden Angehörigen psychisch kranker alter Menschen durchgeführt. Ein zentrales Ergebnis lautet:

Rund drei Viertel der Angehörigen, die zurzeit einen nahe stehenden Menschen pflegen, möchten selbst nicht von ihren nächsten Angehörigen gepflegt werden.

Als entscheidenden Grund nennt Dorothee Mausberg von der Abteilung Freiwilligenarbeit und Gemeindecaritas, dass die Befragten niemandem zur Last fallen wollen. „Hier drückt sich die Belastung sehr deutlich aus“, unterstreicht Mausberg. 75 Prozent der Pflegenden, so ein Ergebnis der Studie, leiden unter Rückenschmerzen, allgemeiner Erschöpfung, Schlafstörungen und anderen Krankheiten. Besorgnis erregend sind auch die psychischen Aspekte: 88 Prozent der Befragten fühlen sich überfordert, ausgebrannt oder klagen über familiäre Spannungen.

Nach neuen Schätzungen sind in Deutschland etwa 1,2 Millionen Menschen demenzzkrank. 72 Prozent der überwiegend alten Pflegebedürftigen werden zu Hause zumeist von Angehörigen betreut. Fachleute gehen davon aus, dass gegenwärtig 2,1 Millionen Menschen pflegebedürftig sind. Dorothee Mausberg kündigte am Montag in Köln an, dass die Caritas im Erzbistum Köln „sehr schnell“ auf die Untersuchungsergebnisse reagieren werde. Zusätzliche Angebote seien notwendig. Sie merkte an:

„Die familiäre Pflege braucht unterstützende und entlastende Dienste, die Ausweitung von Tages- und Nachtpflegeangebote und zusätzliche ehrenamtlich getragene Betreuungsdienste.“ Notwendig seien mehr öffentliche Beratungsangebote. ◀ *Johannes Kolbe (KNA)*



## Online-Beratung und Seelsorge

**Ein Netzwerk für eine menschengerechte Arbeitswelt**

*Projekt Mensch Arbeit  
Brackeler Hellweg 144  
44291 Dortmund  
kontakt@mensch-arbeit.de  
www.mensch-arbeit.de*

Seit Ende Mai 2002 ist das Projekt [www.mensch-arbeit.de](http://www.mensch-arbeit.de) online. Das Portal des Erzbistums Paderborn spricht Menschen an, die in der modernen Arbeitswelt Schwierigkeiten haben und diese Probleme oder Krisen bewältigen wollen. Es bietet neue Formen der Unterstützung an: Beratung und Seelsorge im Internet. Ob Mobbing, das Auf und Ab der „Zukunftsbranchen“, belastende Arbeitsbedingungen oder endlose Forderungen

nach Flexibilität – all dies und vieles mehr kann zu Stress, Verunsicherung, Isolation, finanziellen und persönlichen Notlagen jeder Art führen. „Mensch Arbeit“ sucht fortlaufend nach produktiven, neuen Ansätzen für die moderne Arbeitswelt und will diese unterstützen: So sollen auch Fragen nach Existenzgründung, „Neuer Arbeit“, modernem Zeit- und Organisationsmanagement für Betriebe oder etwa neuen Ideen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie beantwortet werden.

Das Projekt ist als Netzwerk angelegt und basiert auf drei Schwerpunkten: Bei der Erstberatung zur allgemeinen Orientierung und der Internet-Seelsorge berät ein Team per E-Mail bzw. im 2er Chat. Das dritte Standbein ist ein vielfältiger Marktplatz der Beratungsstellen, wo unterschiedlichste Fachexperten Information, Service und Beratung auf ihrer eigenen Website anbieten. ◀

# Riesige Bürgerbewegung

## Hospiz-Initiativen begleiten Sterbende und betreuen Trauernde

**Auf dem Feld eines der „größten Versorgungsprobleme der nahen Zukunft“ ist Deutschland noch ein Entwicklungsland. Darin waren sich Prof. Dr. Andreas Heller von der Universität Wien und Dr. Manfred Zieger vom NRW-Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit einig. Die Sterbebegleitung sowohl in medizinischer wie sozialer Hinsicht muss ihrer Ansicht nach in den Krankenhäusern und Altenheimen verankert werden und dort aus ihrem bisherigen Nischendasein heraustreten.**

Vor allem hapert es dabei noch an der Schmerztherapie. Eine bedeutende Rolle kommt dabei den überwiegend ehrenamtlich getragenen Hospizbewegungen zu. Dr. Zieger nannte sie auf einer Fachtagung in der Landvolkshochschule in Freckenhorst eine „riesige Bürgerbewegung“, die es zu erhalten und unter anderem durch Fortbildung zu stärken gelte. Erstmals hatten Caritas, Diakonie, Der Paritätische und die Anlaufstelle im Land NRW zur Pflege Sterbender, Hospizarbeit und Angehörigenbegleitung (Alpha) gemeinsam eingeladen.

## Neuer Internetauftritt

### LAG Hospiz bietet Forum für Betroffene, Trauernde und Mitarbeiter

Mit Sorgfalt hat die Landesarbeitsgemeinschaft Hospiz ihren neuen Internetauftritt konzipiert. Unter [www.hospiz-nrw.de](http://www.hospiz-nrw.de) gibt es nicht nur Informationen rund um die ambulante und stationäre Arbeit in der Sterbebegleitung, sondern auch eine landesweite Übersicht über die Mitgliedshospize, damit jeder Rat Suchende sofort eine Institution in seiner Nähe finden kann. Kernstück der neuen Webpräsenz ist das Diskussionsforum, in dem sich Trauernde, Betroffene sowie ehren- und hauptamtliche Mitarbeiter austauschen können.



Einig waren sich die Referenten auch darüber, dass es in der Hospizbewegung nicht nur um die Begleitung der Sterbenden gehen kann, sondern die Betreuung der Trauernden hinzukommen muss. Angesichts von knapp 900 000 sterbenden Deutschen und im Schnitt je zehn betroffenen Angehörigen pro Jahr eine riesige Aufgabe, wie Andreas Heller verdeutlichte. Menschen engagieren sich hier für ihn vor allem aus zwei Gründen: weil sie sich selbst einmal in ähnlicher Lage hilflos gefühlt haben und weil sie sich mit der Frage der Prioritäten in ihrem Leben auseinandersetzen.

Mit ihrer Arbeit wenden sich die Hospizinitiativen gegen den Gedanken der aktiven Euthanasie, betonte Domkapitular Dieter Geerlings, Vorsitzender des Diözesan-Caritasverbandes Münster. Der Hospizgedanke habe zwar eine lange Tradition in der Kirche, aber als er vor wenigen Jahrzehnten neu auftauchte, habe es zunächst Widerstände gegeben: „Wir mussten hier ganz neu lernen.“ Zunächst seien die Bemühungen auf den häuslichen Bereich ausgerichtet gewesen, bestätigte Geerlings die Ausführungen Dr. Ziegers. Der forderte, dem „Hospizgedanken einen weiteren Schub zu geben“ und die Idee in die Pflegeeinrichtungen zu tragen. ◀

*Die erste landesweite Hospiztagung stieß auf großes Interesse.*

*Foto: Westbeld*



Die Themen Tod und Sterben sind in der Gesellschaft noch immer stark tabuisiert. „Unser Forum soll eine Hilfe dazu sein, Menschen miteinander ins Gespräch zu bringen“, so Hartmut Uebach, Leiter des Hospizes Siegerland und Vorsitzender der LAG Hospiz. „Gegenseitiges Verständnis kann und soll in schweren Zeiten eine Stütze sein.“ ◀

[www.hospiz-nrw.de](http://www.hospiz-nrw.de)

# Wenn das Sozialamt nicht zahlt

**Träger der Alten- und Jugendhilfe sehen sich um Entgelt geprellt**

Von Eva Richter

**„Christliches Engagement schamlos ausgenutzt“ titelte die Wochenzeitung „Rheinischer Merkur“ im vergangenen Jahr. In dem Zeitungsartikel beklagte ein Vertreter der Caritas die üble Zahlungsmoral der Angehörigen, aber auch der öffentlichen Hand. Einrichtungen im Alten- und Jugendhilfereich blieben immer häufiger auf den Kosten sitzen, weil sie trotz finanzieller Außenstände aus ihrem christlichen Selbstverständnis heraus die Betroffenen weiter „durchschleppten“. Geändert hat sich seitdem offenbar nichts.**



*Chronisch pleite sind viele Kommunen, doch das kann die Caritas nicht auffangen.  
Foto: KNA-Bild*

Grund für Dieter Geerlings, Vorsitzender des Diözesan-Caritasverbandes Münster, seinem Ärger jetzt Luft zu machen. „Dem Caritasverband sind eine Vielzahl von Fällen bekannt und zum Teil vor Gericht anhängig, in denen Caritas-Einrichtungen, oft mit Absicht, ausgenutzt werden. Angehörige verweigern Zahlungen an das Altenheim in der Hoffnung, der alte Mensch werde schon nicht vor die Tür gesetzt. Jugendämter stellten die Zahlungen für Heimkinder ein, wenn diese 18 Jahre alt werden – auch wenn sie noch nicht selbstständig leben können“, sagte Geerlings auf der Herbsttagung des Diözesanrates der Caritas-Konferenzen im west-

fälischen Münster. Vor allem kleinere Einrichtungen könnten solche Praktiken in den Ruin treiben. „Die Caritas muss deshalb öffentlich deutlich sagen: Das geht nicht. Caritas ist für alle da, aber nicht für alles“, schimpfte Geerlings.

Peter Frings, Justiziar beim Diözesan-Caritasverband Münster, bestätigt den Sittenverfall bei der Zahlungsmoral: „Sozialhilfeträger oder auch Angehörige von Selbstzahlern sind da mittlerweile ziemlich unverblümt. Wir hatten einen Fall, in dem das Sozialamt für einen Heimbewohner nicht zahlen wollte. Die Einrichtung stellte beim Sozialgericht Antrag auf einstweilige Verfügung und drohte mit Kündigung des Heimplatzes. Das Sozialamt argumentierte öffentlich, es sei ja eine katholische Einrichtung, die würde schon niemanden rausschmeißen.“ Dabei handelte es sich nicht um Kleckerbeträge: Bei der Einrichtung hatten sich Außenstände in Höhe von 26 000 Euro aufaddiert.

Bei den Einrichtungsträgern bleibt solches Verhalten nicht ohne Wirkung. Frings: „Ein Heimträger hat mir gesagt, dass er für Kurzzeitpflege keine Sozialhilfeempfänger mehr annimmt. Das Kostenrisiko sei ihm einfach zu hoch.“

Ähnlich dramatisch sieht es nach Angaben des Justiziar in einer Einrichtung für psychisch kranke Behinderte im Einzugsbereich des Caritasverbandes Münster aus: Bei drei Fällen von insgesamt 20 Plätzen weigern sich die Kostenträger zu zahlen, mit der Begründung, sie seien nicht zuständig. Sie verweisen dabei auf einen anderen Kostenträger. „Ein unmöglicher Verschiebebahnhof auf Kosten der Pflegebedürftigen, aber auch der Einrichtung“, kritisiert Frings.

## **Angst ums Erbe: Sohn wollte für seinen Vater nicht die höhere Pflegestufe beantragen**

In einem anderen Fall hatte eine Pflegeeinrichtung einen Heimbewohner aufgefordert, die Zuordnung zu einer höheren Pflegestufe zu beantragen, da seine Pflege aufwändiger geworden sei. Der Sohn des (selbst zahlenden) Heimbewohners verweigerte dies. „Da mit höherer Pflegestufe auch die Pflegesätze steigen, sah der Sohn offenbar sein Erbe schwinden. Das Heim hat dann weiter die erforderliche Pflege erbracht zu einem nicht ausreichenden Pflegesatz“, so Frings.

Nur ein Problem der Caritas Münster? Keineswegs. Der Caritasverband Paderborn hat dasselbe Problem.

So kürzten manche Angehörige die Rechnung einfach um 15 Prozent mit der Begründung, die Pflegeleistung des Heimes stimme nicht. „Wir müssen dann aufwändig erst mal das Gegenteil beweisen“, klagt Hans-Werner Hüwel, Fachbereichsleiter für Altenheime im Ortscharitasverband Paderborn, gegenüber der Regionalzeitung „Westfalen-Blatt“. Er beobachtet seit Jahren eine Zunahme dieser ärgerlichen Fälle.

Beim Caritasverband Köln „können wir für den Bereich Altenhilfe eine schlechtere Zahlungsmoral nicht bestätigen“, sagte dagegen Albert Evertz, Fachbereichsleiter für Gesundheitshilfe und Wirtschaft. Ganz anders sieht es dagegen bei der Jugendhilfe aus: „Die Finanzlage der öffentlichen Kassen ist so marode, dass jetzt gnadenlos eingespart wird. Wenn die Jugendlichen 18 werden, zahlt das Jugendamt nicht mehr, egal ob der oder die Betreffende überhaupt in der Lage ist, selbstständig zu leben“, kritisiert Egon Hillebrand, Geschäftsführer der Caritas Jugendhilfegesellschaft mbH in Köln, Träger von sechs Einrichtungen mit rund 780 Plätzen. „Hinzu kommt, dass Zahlungen immer länger verschleppt werden – ein Problem, das vor allem im letzten Quartal eines Kalenderjahres immer häufiger auftritt. Die öffentlichen Kassen sind dann leer, und gezahlt wird erst wieder zu Beginn des nächsten Jahres.“

Wachstumsraten seien nur noch bei den Außenständen zu verzeichnen: „Im vergangenen Jahr sind unsere Außenstände um rund eine halbe Million Euro gestiegen.“ Natürlich habe man versucht zu sparen, sagt Hillebrand: „In den vergangenen Jahren haben wir unseren Einkauf optimiert und kostengünstigere Gesamtverträge für Gas- und Wasserversorgung abgeschlossen. Aber am Personal lässt sich in diesem Bereich nicht sparen, und das Personal macht rund 80 Prozent der Kosten aus.“ Dazu Frings: „Den Einrichtungen bleibt nur die Wahl zwischen zwei Übeln: Wenn sie juristisch korrekt handeln, können sie den Betroffenen die Leistung verweigern und sie ihrem Schicksal überlassen. Handeln

## Das Dilemma der kirchlichen Einrichtungen

Kirchliche Einrichtungen sehen sich in der Zwickmühle: Können sie einen hilfebedürftigen Menschen auf die Straße setzen, weil sein Kostenträger nicht für ihn zahlt? Viele sagen: unmöglich. Doch wie erklärt die Einrichtung dem Träger ihre Außenstände, wenn der Kassensturz kommt? Außerdem: Wer zuzahlt, Bedürftige auf eigene Kosten „durchzuschleppen“, weckt die Aufmerksamkeit der Kostenträger – denn das könnte ja ein Hinweis auf finanzielle Ressourcen der Einrichtung sein.

Peter Frings, Justiziar beim Caritasverband Münster, rät Einrichtungen, ihnen zustehende Ansprüche notfalls mit gerichtlicher Hilfe durchzusetzen.

„Oft genügt es schon, die säumigen Kostenträger schriftlich darauf hinzuweisen, dass sie für die Folgen ihres Handelns verantwortlich gemacht werden.“ Es sei aber auch notwendig, so Frings, dass die Kirchen ihren Einrichtungen klar machen, wie sie sich verhalten sollen: Da gibt es für ihn nur zwei Alternativen: Entweder tut sie es marktgerecht. Das heißt, sie müsste säumigen Kunden kündigen. Oder sie handelt christlich motiviert, was bedeutet, dass sie solche Kunden auffängt. Dann, findet Frings, müsste die Kirche diese Einrichtung aber auch unterstützen, falls sie in finanzielle Schwierigkeiten gerät. *Eva Richter*

sie christlich, bleiben sie auf ihren Kosten sitzen“, beschreibt der Justiziar des Caritasverbandes Münster das Dilemma.

Ein Dilemma, über das sich öffentlich außerdem nicht leicht reden lässt: „Wir können doch gar nicht damit argumentieren, dass wir soundso viele Jugendliche weiter mit „durchziehen“, weil der Kostenträger nicht mehr zahlt. Dann sagt das Jugendamt: Die haben doch offensichtlich genug finanziellen Spielraum und drückt bei der nächsten Entgeltverhandlung die Vergütung“, beschreibt Hillebrand die Situation. Probleme könnten auch von anderer Seite kommen: „Stellen Sie sich vor, Sie erfahren als Heimbewohner, dass ein anderer Bewohner Ihrer Einrichtung seit Monaten nicht mehr zahlt und trotzdem seinen Platz behalten kann. Würden Sie dann weiterzahlen?“, fragt Frings rhetorisch. ◀

*aus: epd sozial, Nr. 40/02*

## Jahresinhaltsverzeichnis 2002

**Auch für das Jahr 2002 gibt es ein Jahresinhalts- sowie Namensverzeichnis aller Ausgaben von Caritas in NRW. Das Verzeichnis ist als Dokumentation und als Archivierungshilfe besonders für Bibliotheken geeignet und kann bei Interesse**

**kostenlos über die Redaktion, Frau Natschke, bezogen werden.**

**Tel.: 02 11/51 60 66-21**

**Fax: 02 11/51 60 66-25**

**E-Mail: [vertrieb@caritas-nrw.de](mailto:vertrieb@caritas-nrw.de)**

# „Pflegeversicherung reformieren!“

**Viel Unterstützung für die „Kampagne zur Pflege“ der Wohlfahrtsverbände**

**Mehr als 100 000 Menschen in Nordrhein-Westfalen haben die Forderungen der Wohlfahrtsverbände nach besseren Rahmenbedingungen in der häuslichen Pflege und in den Pflegeheimen durch ihre Unterschrift unterstützt.**

Übergabe einer Mappe mit Unterschriften symbolisch für die mehr als 100 000 gesammelten. (v.l.n.r.: Pastor Günther Barenhoff, Diakonisches Werk, Jörg Steinhäuser, LAG-Vorsitzender, Landtagspräsident Ulrich Schmidt sowie Wolfgang Altenbernd, AWO).  
Foto: Lahrmann

„Unser Ziel ist, dass mehr Zeit für die persönliche Zuwendung in der Pflege bleibt“, erklärte Jörg Steinhäuser, Vorsitzender der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in NRW bei der Übergabe der Unterschriften, die im Rahmen der „Kampagne für Pflege 02“ gesammelt wurden, an Landtagspräsident Ulrich Schmidt (SPD). Außerdem fordern die Verbände mehr Ausbildungsplätze, um dem wachsenden Bedarf an qualifiziertem Fachpersonal auch künftig gerecht werden zu können. Erstmals in der Geschichte der Freien Wohlfahrtspflege stand der Plenarsaal des nordrhein-westfälischen



Landtages für rund 200 Repräsentanten aus der ambulanten und stationären Pflege sowie aus den Fachseminaren der Altenpflegeausbildung zur Verfügung. Dies drücke „Dank, Respekt und Anerkennung“ für die Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände aus, sagte Landtagspräsident Schmidt. Diese seien „mit ihrem Sachverstand stets Berater und damit Weggefährte des Landtags“. Er wünsche sich, dass das auch in Zukunft so bleibe, sagte Schmidt, ohne ausdrücklich Bezug zu nehmen auf die Verärgerung und die Sorgen, die zuletzt die Haushaltsaufstellung 2003 bei den Wohlfahrtsverbänden ausgelöst hatte. Die Verbände ihrerseits begrüßten es, dass die NRW-Landesregierung Initiativen ergriffen und bedeutende Projekte zur Verbesserung der Pflegesituation angestoßen und gefördert habe. Genannt wurden Studien und Untersuchungen sowie insbesondere die Enquete-Kommission zur Situation und Zukunft der Pflege in NRW. Es bleibe allerdings bislang nur eine Hoffnung, dass diese Initiativen „die notwendigen praktischen Konsequenzen zur Folge haben“. In rund 250 Veranstaltungen und Aktionen hatten die Dienste und Einrichtungen der Wohlfahrtsverbände auf die Lebenssituation der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen und der Pflegeberufe aufmerksam gemacht. Sie fordern Gesetzesinitiativen des Landes im Bundestag und Bundesrat. Dringend müsse die Pflegeversicherung reformiert werden, um die Weichen für eine menschenwürdige Pflege zu stellen. ◀  
Foto: Reinhard Strüven



Markus Lahrmann